Stadt Brühl

Brühl, den 15.04.2025

Beschluss

aus der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Brühl am 18.03.2025

Öffentliche Sitzung

7. Bezahlkarte für Geflüchtete 75/2025

Frau Niclasen (GRÜNE) bedankt sich für die selbsterklärende Vorlage. Sie kann es nachvollziehen, dass die Stadt Brühl die Bezahlkarte nicht einführen möchte.
Herr Assenmacher (CDU) bittet um Mitteilung, ob es einen Plan für die Zukunft gibt, falls die Bezahlkarte später einmal in Brühl eingeführt werden sollte. Er sieht einen möglichen Vorteil bei den drei Kommunen des Rhein-Erft-Kreises, die die Bezahlkarte nun einführen. Er teilt seine Bedenken mit, dass die Stadt Brühl evtl. einen Nachteil hat, wenn die Bezahlkarte später gegebenenfalls verpflichtend eingeführt wird.
Herr Böll (Dezernent) teilt mit, dass bei einer Änderung der Landesgesetze diese berücksichtigt werden müssen. Aktuell sind noch nicht alle Detailfragen geklärt. Die Einführung der Bezahlkarte wird bereits seit vielen Monaten diskutiert. Zuletzt wurde vom Städte- und Gemeindebund eine FAQ-Liste mit über 158 Fragen versandt. Zum jetzigen Standpunkt möchte sich die Verwaltung aus rein fachlicher Sicht gegen die Einführung der Bezahlkarte entscheiden. Zudem sieht er zum jetzigen Zeitpunkt keine Erleichterung der Kommunen, sondern einen Mehraufwand für die Mitarbeitenden.
Herr Zimmermann (FBL 50) ergänzt, dass im Beschlussentwurf vermerkt ist, die Bezahlkarte in Brühl vorerst nicht einzuführen. Die ersten Kommunen werden die Bezahlkarte evtl. im Mai 2025 einführen. Er sieht große Probleme in der Umsetzung der Vorgaben zur Bezahlkarte und hält es für sinnvoll, zunächst die Erfahrungen der einführenden Kommunen abzuwarten.
Frau Venghaus (SPD) teilt mit, dass ihre Fraktion dem Beschlussentwurf zustimmen wird. Sie bedankt sich für die ausführliche Vorlage.
Herr Assenmacher (CDU) bedankt sich für die Erläuterungen und bittet in der Niederschrift festzulegen, dass Mitte nächsten Jahres erneut über die Bezahlkarte und eine evtl. Einführung dieser berichtet wird.
Herr Böll (Dezernent) sagt den Ausschussmitgliedern zu, dass spätestens Mitte des Jahres 2026 weiter über die Bezahlkarte berichtet wird.
Frau Isicok (SPD) bittet in diesen Mitteilungen auch zu berichten, ob die Ziele und Zwecke der Bezahlkarte erreicht werden.
Herr Zimmermann (FBL 50) teilt hierzu mit, dass er in regem Austausch mit den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises ist und über deren Erfahrungen im Sozialausschuss berichten wird.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Brühl die Opt-Out Regelung gemäß § 4 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW in Anspruch zu nehmen. Die Bezahlkarte wird somit in Brühl vorerst nicht eingeführt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)